



## Bericht der Bau- und Planungskommission (BPK) betreffend Entwicklungs- und Finanzplan 2026-2030

### 1. Grundlage

Das Büro hat an der Sitzung vom 23. Oktober 2025 die Vorlage EP 2026-2030, Nr. 2025-64 zur Vorberatung an die Bau- und Planungskommission überwiesen.

### 2. Einführung EP an gemeinsamer Sitzung

Die Einführung in den EP 2026-2030 fand als gemeinsame Sitzung der FIKO, SBK und BPK zusammen mit dem Stadtrat statt.

Die Vorstellung des aktuellen EP wurde durch den Stadtpräsidenten und den Stadtverwalter vorgenommen. Der EP orientiert sich wiederum an den folgenden 9 strategischen Handlungsfelder:

- «Energie, Klima und Umwelt»
- «Positionierung, Innovation und Standortförderung»
- «Wohn- und Aufenthaltsqualität»
- «Soziale Sicherheit»
- «Mobilität»
- «Öffentliche Sicherheit»
- «Bildung»
- «Finanzielle Sicherheit»
- «Fortschrittliche Verwaltung»

Dabei wurde die Lebensqualität in der Kantonshauptstadt Liestal herausgestrichen. Diese Lebensqualität beruht vor allem auf den folgenden 5 Pfeilern:

- Mobilität
- Wirtschaft
- Bildung
- Gesundheit
- Kultur, Sport und Freizeit

Die folgenden, langfristigen Ziele sind dabei massgebend:

- Selbstfinanzierung
- Stabilisierung der Finanzen
- Technologische Entwicklung und Digitalisierung
- Nachhaltiger Einsatz der Ressourcen

Für die Stadt ist in allen Bereichen die finanzielle Sicherheit und Stabilität von grösster Bedeutung. Das Geld muss vorhanden sein, dass die angestrebten Ziele erreicht werden können. Dazu gehört natürlich auch das angestrebte Bevölkerungswachstum, dass die neu geschaffene Infrastruktur entsprechend genutzt wird. Das Wachstum der Bevölkerung ist jedoch schwer abzuschätzen. Es kann jedoch mit einer weiteren Zunahme gerechnet werden.

Die Verbesserung der Finanzen der Stadt Liestal ist auch in den nächsten Jahren die grösste Herausforderung. Eine konsequente Aufgabenüberprüfung muss durchgezogen werden, dass die gesteckten, finanziellen Ziele der Stadt für die nächsten Jahre erreicht werden können. Trotzdem muss damit gerechnet werden, dass mit den anstehenden Investitionen weiteres Fremdkapital aufgenommen werden muss und somit die Verschuldung wie auch die Zinslast noch weiter ansteigen wird. Mit Bewilligung von Höli-Plus wird die Rechnung positiv beeinflusst.

Die Fragen an den Stadtpräsidenten zielten somit auch auf folgenden Kernthemen:

- Erhöhung der Stellen im Bereich Bildung und Sport
- Verschuldung
- Masterplan Rheinstrasse
- Zukunft Kantonsspital
- Bevölkerungswachstum
- Auslastung der Schulhäuser

Zum Thema Verschuldung erklärt der Stadtpräsident, dass die momentanen und zukünftigen Kredite günstig aufgenommen werden können und Zahlungsunfähigkeit nach wie vor kein Thema ist. Ebenso ist die Stadt bezüglich der freien Flächen an der Rheinstrasse mit dem Kanton in intensivem Kontakt. Hingegen wäre der Weggang des Kantonsspitals ein herber Schlag für die Stadt und das Gewerbe. Mittlerweile wurde vom Regierungsrat ein erster Entscheid zugunsten Erhalt des Standorts Liestal gefällt.

Das Bevölkerungswachstum ist von sehr unterschiedlichen Punkten abhängig. Zudem sind gewisse grössere Bauprojekte wegen Einsprachen noch immer blockiert. Das angestrebte Wachstum sei auf jeden Fall nachhaltig und qualitativ gut verkraftbar. Der Einfluss auf die zukünftige Auslastung der Schulhäuser ist noch schwieriger einzuschätzen, weil die Verschiebungen durch Neuzugänge und Abgänge auf die nächsten Jahre schwer vorhersehbar sind.

### **3. Beratungen der BPK**

Die BPK behandelte den EP an 2 Sitzungen. Die BPK behandelte wiederum vorwiegend die Bereiche Hochbau/Planung und Tiefbau. An den Sitzungen erläuterten die zuständige Stadträtin und der Stadtrat die Bereiche. Für die Detailerläuterungen wurden sie von den jeweiligen Bereichsleitern unterstützt.

Interessant war, dass durch die Ausführungen der Bereiche wichtig Themen angesprochen wurden, die im EP nur am Rande erwähnt werden. Genau diese Themen wurden dann in der Beratung auch sehr intensiv aufgenommen.

Ganz generell teilt die BPK anhand des anhaltenden Investitionsstaus die Meinung des Stadtrates nicht, dass sich ab 2029 die finanzielle Situation der Stadt verbessern wird.

#### **3.1 Bereich Hochbau**

Im Bereich Hochbau/Planung drehten sich die Ausführungen und die Fragen um die folgenden Themen:

- Neuer Schulraum
- Instandhaltung von Schulraum
- Langfristige Sanierung von Gebäuden
- Fern – und Regionalverkehr
- Verkehrskonzepte
- Verlegung A22 unter den Boden
- Energie und Klima
- ISOS und die Auswirkungen
- Deponie Höli
- Feuerwehrmagazin

Zu den einzelnen Themen sind die folgenden Bemerkungen zu machen.

### 3.1.1 Neuer Schulraum

Die aktuelle Entwicklung der Schülerzahlen zeigt ein Wachstum bis 2030. Ab 2030 sollten die Schülerzahlen leicht sinken und somit ist eine Stabilisierung des Bedarfs zu erwarten. Um dem Bedarf längerfristig gerecht zu werden, werden zusätzliche Kapazitäten im Fraumatt und der Frenke realisiert. Es wird an verschiedenen Standorten am Kapazitätslimit gearbeitet.

Parallel dazu braucht es weitere Räumlichkeiten für Ergänzungsbetreuungen wie Frühbetreuung und Mittagstisch. Klassenzimmer sind für diese Betreuungsform in Bezug auf Raumgrösse, Betreuungsintensität und Lärmpegel nicht geeignet.

Aus diesem Grund müssen Standorte wie Mühlematt weiter betrieben werden, bis die Kinder aufs Rotacker und Fraumatt verteilt werden können. Das Mühlematt wird nur solange notwendig betrieben. Im Mühlematt wird nichts mehr investiert, obwohl der Gesamtzustand als Schulgebäude nicht mehr zufriedenstellend ist.

### 3.1.2 Instandhaltung von Schulraum

Die finanzielle Belastung der Stadt in Bezug auf Schulanlagen wird für die längere Zukunft sehr hoch bleiben. Deshalb muss auch die Gesamtanierung der SA Rotacker weiter zurückgestellt werden. Es muss aber erwähnt werden, dass die SA Fraumatt und Rotacker nicht erdbebensicher sind (EP2025-2029) und somit über kurz oder lang die Sicherheit nicht mehr gewährleistet ist. Mittlerweile ist die Ertüchtigung der SA Rotacker in Bezug auf Erdbebensicherheit aus dem EP rausgefallen, was in der BPK sehr negativ aufgefallen ist und die Frage in Raum gestellt wurde, wie lange dieses Sicherheitsproblem noch rausgeschoben werden kann.

### 3.1.3 Langfristige Sanierung von Gebäuden

Der EP beinhaltet nur kurz- und mittelfristige Investitionen in Gebäude. Seit Jahren wird von der BPK beobachtet, dass immer wieder grössere Investitionen zeitlich aus dem EP rausgeschoben wurden. Langfristige Betrachtungen sind somit nicht möglich. Es wurde vom zuständigen Stadtrat in Aussicht gestellt, dass über das Tool Stratus ein Weg und eine Darstellung erarbeitet und gefunden wird, das auch langfristige Investitionen sichtbar macht und somit einerseits nicht vergessen gehen und andererseits auch diskutiert werden können.

Ein weiteres Hinausschieben von Sanierungsprojekten bedeutet einerseits faktisch eine Erhöhung der Schuldenlast und andererseits immer wieder ein grösserer energetischer Aufwand entgegen den Klimazielen.

Eine spezielle Situation bilden die Goldbrunnenblöcke, die im Baurecht auf Land der Bürgergemeinde gebaut wurden und mittlerweile in einem schlechten Zustand sind. Der Baurechtsvertrag läuft im 2034 aus. Der BPK liegen keine Informationen vor, was mit diesen Liegenschaften geschehen soll. Wie sieht die Strategie der Stadt aus für diese Mietobjekte?

### 3.1.4 Fern – und Regionalverkehr

Die Einführung des Viertelstundentakts im ÖV ist ein grosser Schritt in die richtige Richtung. Leider sind jedoch seit dem Fahrplanwechsel die Anbindungen der Busse und WB-Kurse vor allem an die Schnellzüge nicht mehr optimal und haben grosses Optimierungspotential. Liestal macht sich nach wie vor stark für Schnellzughalte und somit müssen die Fahrplanabstimmungen zum Nahverkehr auch passen, dass möglichst keine Pendler aufs Auto umsteigen. Die Ziele der Stadt Liestal stehen diesbezüglich im Widerspruch zu den Zielen des Kantons, der vor allem den Regionalverkehr stärken will, weil er für jeden gefahrenen Zug Beiträge erhält. Der Fernverkehr hingegen ist komplett Sache des Bundes. Die Stadt Liestal muss somit weiterhin beim Kanton intervenieren, dass in Zukunft entsprechende Anpassungen durchgeboxt werden können. Dieses Anliegen wird auch durch entsprechende Vorstösse aus dem Einwohnerrat unterstützt.

### 3.1.5 Verkehrskonzepte

Nach den Grossprojekten am Bahnhof wird in den nächsten Jahren in Liestal nach wie vor sehr stark gebaut. Die Hotspots sind der QP Post mit dem Stadtpark, der QP Lüdin, der Fischmarkt, die Kanonengasse mit COOP-Parkhaus und der Zeughausplatz. Neben dem normalen Verkehrsaufkommen muss auch der zusätzliche Baustellenverkehr bewältigt werden. Es muss sicher gestellt

werden, dass sich dadurch in und um Liestal die Verkehrssituation nicht zusätzlich verschlechtert. Ein grosses Thema sind dabei nach wie vor die Parkplätze, welche auch in den nächsten Bauphasen für die Anlieferung, den Einkauf und sonstige Besucher bereitgestellt werden müssen. Aktuell ist noch nicht klar, wie die zeitliche Abfolge dieser Projekte sein wird. Das Verkehrskonzept muss somit dauernd überprüft und der aktuellen Situation angepasst werden, bis sich in einigen Jahren dann die Endsituation einstellen kann.

Parallel dazu muss auch die Velosicherheit und somit das Veloverkehrskonzept im Auge behalten werden. Eine Analyse der unsicheren Abschnitte soll durchgeführt werden. Ziel ist es, die betroffenen Orte konsequent anzugehen und sicher zu gestalten, auch wenn es sich um Kantonsstrassen handelt. Eine sehr positive Entwicklung ist bei den neuen Stegen am Bahnhof zu sehen, wo mittlerweile Velos und Fussgänger problemlos nebeneinander vorbei kommen.

### 3.1.6 Verlegung A22 unter den Boden

Ein weiteres Stichwort bezüglich des Verkehrs ist das Tunnelprojekt der A22. Dieses Projekt wird als Stadt-Renaturierung gehandelt und somit stehen praktisch alle Parteien sowie der VCS und der TCS dahinter. Das Projekt A22 unter den Boden ist und bleibt ein wichtiges Anliegen der Stadt Liestal und sollte somit auch aktiv behandelt werden.

### 3.1.7 Energie und Klima

Anfang Mai 2026 wird die Fachperson Energie und Klima ihre Stelle antreten und mit der Arbeit beginnen. Ein grosses Thema für diese Person wird die Ausarbeitung eines Energieplans sein. Grundsätzlich hat die Stadt fünf Jahre Zeit für diese Ausarbeitung. Die BPK geht davon aus, dass dieses Thema mit Priorität behandelt wird und somit dieser Zeitraum nicht voll ausgenützt wird.

Ein grosses Thema im Energieplan ist die zukünftige Verfügbarkeit von Gas. Es steht im Raum, dass die IWB, wie in Basel schon konkret angekündigt, über kurz oder lang das Gasnetz abstellen wird. Das wird wohl erst in mehr als 10 Jahren der Fall sein. Es ist aber wichtig, dass den Liegenschaftseigentümern klar ist, auf welche Art der Energie sie in Zukunft setzen können und ihre Investitionen entsprechend planen. Daneben muss mit dem Kanton auch über die Konzessionsverlängerungen diskutiert werden.

### 3.1.8 ISOS und die Auswirkungen

Aktuell läuft in Liestal die Überprüfung der im ISOS ausgeschiedenen Gebiete. Die Gebiete werden durch eine Fachkommission begangen und es werden Fachgutachten einzelner Objekte erstellt. Daran beteiligt ist der Denkmalschutz, der Heimatschutz, eine Kunsthistorikerin und ein historischer Landschaftsgärtner. Es handelt sich aktuell um ca. 50 Gebäude, die betrachtet werden. Das ISOS ist zunächst nur ein Inventar. Verbindlich wird es erst, wenn die Objekte in die Nutzungsplanung überführt werden. Schlussendlich werden die entsprechenden Objekte im Zonenplan farblich gekennzeichnet.

In einem Pilotprojekt im Gebiet Sichern wird aktuell zusammen mit den Grundeigentümern, mit Raumplanern und Landschaftsarchitekten geprüft, welche Möglichkeiten existieren, um Neu- und Anbauten zu realisieren, ohne dass das schützenswerte Ortsbild darunter leidet. Dieses Projekt sollte bis Ende 2026 abgeschlossen sein, so dass die Resultate auf weitere Gebiete übertragen werden können. Die Definition des sogenannten, schützenswerten Ortsbildes muss bei diesen Parzellen intensiv diskutiert werden, dass eine konsequente Anwendung auf weitere Gebiete möglich ist.

Der BPK ist es wichtig, dass bei diesen ersten Überprüfungen das schützenswerte Ortsbild vor allem auf die äusseren Volumina bezogen wird und nicht auf den Innenausbau, solange kein denkmalgeschützter Schutzstatus vorliegt. Es wurde von der BPK sehr positiv entgegengenommen, dass die Volumina grundsätzlich nach dem Zonenreglement beurteilt werden. Bei den zu prüfenden Grundstücken wird in vielen Fällen das Zonenreglement nicht voll ausgereizt und somit besteht grundsätzlich noch Potential für zusätzliches Bauvolumen.

### 3.1.9 Deponie Höli

Die BPK ist zuversichtlich, dass die entsprechenden Bewilligungen für den Ausbau der Deponie Höli erteilt werden. Zudem hofft die BPK, dass die Stadt Liestal mit der Bürgergemeinde als Betreiber der Deponie eine finanziell vorteilhafte Lösung verhandeln wird.

### 3.1.10 Feuerwehrmagazin

Die BPK ist erfreut, dass der Stadtrat mit der Bürgergemeinde den Landabtausch ausgehandelt hat und so eine gute Lösung für die weitere Verwendung des alten Feuerwehrmagazins gefunden hat. Der Deal beinhaltet auch, dass ab April bis zum rechtlichen Übergang, die Bürgergemeinde das alte Feuerwehrmagazin zur Miete übernimmt. Der Budgetkredit von CHF 300'000 wurde somit nur leicht angetastet und steht für andere Aufgaben zur Verfügung.

## 3.2 Bereich Tiefbau

Im Bereich Tiefbau drehten sich die Ausführungen und die Fragen um die folgenden Themen:

- Wasserversorgung
- Grundwasserschutzzonen
- Einmischung Kanton in Wasserversorgung
- Abtretungen ans ASTRA
- Nachhaltigkeit bei Baustellenabfällen
- Schwammstadtsystem

### 3.2.1 Wasserversorgung

Dem Bereich Tiefbau und der BPK ist es wichtig, dass die Bevölkerung von Liestal mit genügend Wasser in hoher Qualität versorgt wird und setzt in dieser Hinsicht auf Eigenständigkeit. Seit einiger Zeit wird jede Quelle 24/7 mit 7 Parametern kontrolliert. Bei ungenügender Qualität wird das Wasser verworfen. Zudem werden in einem Kantonslabor pro Jahr über 100 bakteriologische Untersuchungen gemacht. Die Stadt Liestal hat ihre Aufgaben gemacht und will die Wasserversorgung auch in Zukunft in eigenen Händen wissen.

Ein wichtiges Projekt für die Wasserversorgung ist das Reservoir Burg, das bis Ende 2026 fertig gestellt wird.

Nach wie vor werden Projekte in Absprache mit der ebl und dem Kanton angegangen, so dass die Synergien voll ausgeschöpft werden können.

### 3.2.2 Einmischung Kanton in Wasserversorgung

Zunehmend versucht der Kanton sich in die Wasserversorgung der Gemeinden einzumischen und das auch bei Liestal. Es wird eine Bestrebung zur Zentralisierung wahrgenommen. In diesem Zuge wurde 2017 die Konzession für das Pumpwerk Gitterli entzogen. Nach umfassenden Gesprächen mit dem Kanton und einer technischen Aufrüstung wurde das Pumpwerk wieder in die Regionalplanung einbezogen, was insgesamt ein grosser Erfolg ist.

Es bestehen seit Jahren bei Gemeinden im oberen Baselbiet Befürchtungen, dass vor allem im Sommer zunehmend Wasserknappheit herrschen wird. Dies soll mit durchgehenden Wasserleitungsverbindungen entlang der Talschaften verbessert werden, was eine übergeordnete Massnahme des Kantons darstellen würde. Der Kanton ist an der Hardwasser AG beteiligt, die ursprünglich zur Erhöhung der Wasserproduktion gegründet wurde. Mittlerweile ist diese Anlage nur zu 20% ausgelastet. Trotzdem muss die Anlage weiter betrieben werden, weil sonst von Seiten Deponien das Grundwasser verunreinigt würde. Somit hat der Kanton ein grösseres Bestreben, mit Druck auf die Gemeinden einen grösseren Absatz der Hardwasser AG zu erzielen. Bezüglich Wasserverbund unter den Gemeinden sind jedoch rein leitungstechnisch die Voraussetzungen bei weitem noch nicht gegeben und so hält sich der Regierungsrat zurück, auf sein Recht zu pochen und steuernd auf die Gemeinden einzugreifen. Somit tut die Stadt Liestal gut daran, auch in Zukunft auf die Eigenständigkeit zu setzen und das Thema Trinkwasserversorgung in der eigenen Hand zu halten. Dies schliesst nicht aus, dass die Auswirkungen der Klimaveränderungen auf die Wasserversorgung beobachtet werden müssen. Strategisch soll die Möglichkeit zum Austausch von Trinkwasser mindestens mit den umliegenden Gemeinden in Erwägung gezogen werden, wenn sich Gelegenheiten ergeben.

### 3.2.3 Grundwasserschutzzonen

In Zusammenhang mit der Trinkwasserversorgung hat sich mit dem Bundesentscheid über die Grundwasserschutzzonen ein weiteres Problemfeld ergeben. Bisher sind alle Grundwasserschutzzonen sogenannten altrechtlich bewilligt. Die neurechtlichen Vorgaben bezüglich Grundwasserschutzzonen können vor allem im eher dichten Siedlungsgebiet gar nicht mehr erfüllt werden. Dies gilt unter anderem auch für die Hardwasser AG. Somit ist man bezüglich Grundwasserschutzzonen in einer totalen Pat-Situation. Es gibt im ganzen Baselbiet keine neurechtlichen Grundwasserschutzzonen.

Die BPK ist über diese sehr unbefriedigende Situation sehr überrascht. Wasser ist mitunter der wichtigste Grundstoff für die Bevölkerung und da kann es nicht sein, dass die Grundwasserschutzzonen rechtlich nicht geregelt sind. Der BPK ist es bewusst, dass die Stadt Liestal gegenüber den nicht praktikablen Vorgaben des Bundes keinen grossen Hebel hat. Die Stadt Liestal muss zukünftig jedoch aktiv und intensiv über den Kanton darauf hinwirken, dass das Thema Grundwasserschutzzonen rechtlich geregelt wird.

Grundwasserschutzzonen sind grundsätzlich unantastbar, auch wenn sie altrechtlich bewilligt wurden. Deshalb gilt auch bei den Projekten des Kantons im Bereich Gitterli, dass keine neue Verkehrsführung mit Kreiseln bewilligt wird, solange die Problematik der Grundwasserschutzzonen nicht geklärt ist.

### 3.2.4 Abtretungen ans ASTRA

Im Jahr 2020 hat die Stadt 8 Brückenbauwerke entlang der A22 an das ASTRA abgetreten. Der Gegenwert für diese Brücken beläuft sich auf ca. 10-15 Mio. CHF. Trotz Abtretung ans ASTRA ist der Unterhalt für diese Bauwerke von ca. 1 Mio. CHF pro Jahr nicht geregelt. Die Verträge zu dieser Abtretung sind bis heute nicht ausgehandelt und somit trägt nach wie vor die Stadt die Kosten.

Die BPK ist der Meinung, dass diese Situation nicht länger akzeptabel ist und mit Priorität gelöst werden muss.

In diesem Zusammenhang muss auch noch erwähnt werden, dass das ASTRA die Realisierung der Sanierung der A22 vor einiger Zeit auf 2028 angesetzt hatte, was angesichts der aktuell vorliegenden Infos über die Planung als sehr unrealistisch eingeschätzt wird. Konkrete Infos über diese Sanierung sind auch für die Stadt wichtig, weil je nach Umsetzung grosse Verkehrsprobleme auf die Stadt zukommen könnten.

### 3.2.5 Nachhaltigkeit bei Baustellenabfällen

Schon mehrfach wurde bei Tiefbau-Projekten das Thema Recycling bei Baustellenabfällen angesprochen. Im EP werden bereits Ansätze zur Abfallvermeidung angesprochen. In den Projekten wurde jedoch vielfach darauf hingewiesen, dass die meisten Projekte zu klein und somit die Volumina zu klein sind, um einen wirklich nachhaltigen Effekt erzielen zu können. Die BPK macht jedoch wiederholt darauf aufmerksam, dass das Thema Nachhaltigkeit und Recycling von Baustellenabfällen konsequenter und intensiver angegangen werden muss.

### 3.2.6 Schwammstadt

Die BPK ist erfreut, dass das Thema Schwammstadtsystem vom Bereich Tiefbau intensiv behandelt wird. Dazu gehören Themen wie Entsiegelung von Oberflächen, Verdunstung zur Kühlung bei Hitze, Regenwasserspeicher, Versickerungsmulden, Beschattung und Begrünung. In der Vergangenheit wurde bei QPs konsequenter darauf geachtet, dass Vorgaben bezüglich dieser verschiedenen Themen gemacht wurden. Dies zeigt auch schon positive Resultate.

Aktuell wird beim QP Erzenberg ein bestehender Keller in eine Zisterne umgenutzt, in der Erzenberg-Quellwasser gespeichert wird, das dann im Sommer zur Raumkühlung und zur Bewässerung öffentlich zur Verfügung steht.

Weiter wurde bei der A22 eine Möglichkeit gefunden, das Wasser der Strassenoberfläche in eine Versickerungsanlage abzuleiten, anstatt dieses verschmutzte Wasser direkt in die Ergolz zu führen. Regenwasser könnte generell in jedem Haus gespeichert und für die Bewässerung sowie für WC-Spülungen genutzt werden.

#### **4. Würdigung**

Die BPK würdigt und unterstützt die gewählte Strategie der letzten Jahre und die kostenbewusste Planung und Umsetzung der Bauvorhaben für die Zukunft. Für die meisten BPK-Mitglieder ist der EP gut nachvollziehbar und verständlich. Man ist sich des beschränkten Einflusses bewusst.

Die BPK kann sich jedoch der Meinung des Stadtrates nicht anschliessen, dass sich die finanzielle Situation der Stadt ab 2029 verbessern wird. Anhand der vielen Investitionen, die in den letzten Jahren immer wieder aus dem EP rausgeschoben wurden, wurde der Investitionsstau dauernd vergrössert und somit kritischer. Die BPK ist sehr gespannt auf die angekündigten, zukünftigen Resultate aus den Stratus-Erhebungen, welche neben den kurz- und mittelfristigen Investitionen im EP auch die langfristige Situation aufzeigen sollen. Eine Entspannung ist aus BPK-Einschätzung nicht in Sicht!

Ganz allgemein kann beim Tiefbau der rote Faden besser aufgezeigt werden. Zudem besteht dort auch die Möglichkeit, Synergien mit anderen Unternehmen und mit dem Kanton zu nutzen, was bezüglich Finanzen einen positiven Effekt hat.

Die grossen finanziellen Belastungen für die Stadt ergeben sich im Hochbau mit den Grossprojekten, die langfristig noch anstehen und gut im Auge behalten werden müssen. Auch zukünftig ist die finanzielle Lage somit weiterhin sehr angespannt.

#### **5. Antrag**

Die Bau- und Planungskommission (BPK) beantragt dem Einwohnerrat einstimmig, die beratenen Abschnitte des Entwicklungsplans 2026-2030 zur Kenntnis zu nehmen.

Peter Bürgin, Präsident BPK Liestal

Liestal, 15. April 2026